

# Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10 - 1992

15 Schilling

## „Alle unsere Kraft für die gemeinsame Sache!“

Prof. Hugo Pepper zum neuen Vorsitzenden gewählt – Bund jetzt „sozialdemokratisch“

**Die Delegierten der Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer wählten am 28. November 1992 im Haus der Begegnung in Wien-Rudolfsheim Prof. Hugo Pepper einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Bundes. Rosa Jochmann wurde ebenfalls einstimmig als Ehrenvorsitzende bestätigt. Gegen zehn Stimmen wurde eine Statutenänderung angenommen, derzufolge der Bund den Namen „Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ annimmt. Genosse Pepper sagte nach der Wahl, er betrachte sich mit Blick auf die Ehrenvorsitzende Jochmann nur als geschäftsführender Vorsitzender. Mit den Worten „Alle unsere Kraft für die gemeinsame gute Sache“ rief Genosse Pepper die Mitglieder des Bundes zur künftigen Arbeit auf.**

Die Delegierten hatten sich unter dem Motto „Im Europa von morgen ist kein Platz für Gespenster von gestern!“ im Haus der Begegnung Rudolfsheim eingefunden. Neben der Wahl des neuen Vorstandes stand eine Statutenänderung im Mittelpunkt der Beratungen. Die Statutenänderung war in sieben Sitzungen eines Statutenkomitees vorbereitet worden, dennoch kam es auf der Bundeshauptversammlung noch zu einer angeregten Diskussion, an der sich

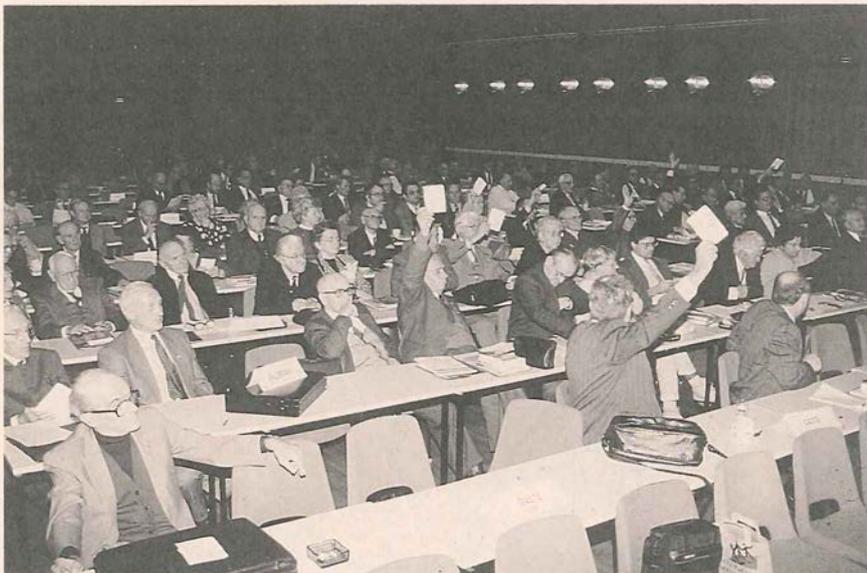
zwölf Genossinnen und Genossen beteiligten.

### „Aktiver Widerstand ist angesagt“

Namens der SPÖ wurden die Delegierten der Bundeshauptversammlung von der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der SPÖ-Frauen, Frauenministerin **Johanna Dohnal**, begrüßt. Die Freiheitskämpfer waren noch nie so wichtig wie jetzt, sagte Dohnal unter Hinweis auf das Auslän-



Genosse Hugo Pepper bei seiner Ansprache.



Gegen zehn Stimmen beschlossen die Delegierten der Bundeshauptversammlung die Namensänderung des Bundes (Fotos: Hans Waschek).

der-Volksbegehren der FPÖ, das sich gegen Menschen richte und zu Ausgrenzung, Abschiebung, Haß und zu polizeistaatlichen Methoden aufrufe. „Aktiver Widerstand ist spätestens jetzt angesagt“, betonte Dohnal unter dem zustimmenden Beifall der Delegierten. Jetzt müsse sich eine breite Front der Ablehnung und des Widerspruchs formieren, denn dieses Volksbegehren der FPÖ sei zutiefst rassistisch, unfair, inhuman und undemokratisch.

Die Parolen „Nie wieder Krieg“ und „Wehret den Anfängen“ seien angesichts des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien und angesichts der rechtsextremen Aktivitäten in Europa nicht mehr angemessen, sagte Dohnal weiter. „Wir müssen uns jetzt finden mit allen anständigen Menschen der Republik“, betonte sie. Das andere Österreich müsse,

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

über alle Grenzen hinweg, aufstehen zum Schutz der Demokratie. Die Diffamierung von Menschen müsse abgewehrt werden, denn sonst müßten wir morgen gegen die Diffamierung von behinderten Menschen, von Frauen und letztlich von allen Menschen, die anders sind, antreten, schloß Genossin Dohnal.

### Die Beschwerden der Menschen ernst nehmen

Auch Genosse **Albrecht K. Konecny**, der die Konferenz namens des Zentralsekretariates der SPÖ begrüßte, ging auf das Volksbegehren der FPÖ ein, das er vor den Hintergrund der Änderungen im Bewußtsein der Menschen innerhalb der letzten 20 Jahre stellte. Heute fühlen sich viel weniger Menschen an eine politische Partei gebunden als noch vor 20 Jahren. So seien die Kernschichten der Sozialdemokratie auf eine kleine Gruppe zusammengeschrumpft. Bei den anderen Parteien sei es aber nicht anders. Die Menschen seien heute für viele Ideen ansprechbar, und die Wahlerfolge der FPÖ seien zu einem Großteil auf diesen Umstand zurückzuführen. Von der Auseinandersetzung über das Haider-Volksbegehren und von der Zahl der Unterschriften, die es bekomme, werde das politische Aussehen Österreichs abhängen, meinte Konecny. Eine Voraussetzung dieser Auseinandersetzung sei es, die Beschwerden der Menschen über Beeinträchtigungen ihres Lebens durch Ausländer ernst zu nehmen.

Mit dem Hinweis auf die Wahl des demokratischen Kandidaten Bill Clinton zum neuen US-Präsidenten, der mit einem sozialdemokratischen Programm gewonnen habe, und dem Wahlerfolg der irischen Labour Party gab Genosse Konecny seinen Begrüßungsworten einen optimistischen Schluß, der mit viel Beifall bedankt wurde.

### Arbeit für die Menschen

Die Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer finde in einer Zeit bemerkenswerter Entwicklungen in Europa statt, sagte Sozialminister **Josef Hesoun** in seinen Begrüßungsworten. Man habe den Eindruck, daß in vielen europäischen Staaten das Rad der Zeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik zurückgedreht werden soll. In Deutschland, Italien und selbst in Schweden, überall scheine beinhardter Sozialabbau angesagt zu sein, führte Hesoun aus. Dabei sehe man sich mit einer neuen Sprache konfrontiert. Für Maßnahmen des Sozialabbaus werden heutzutage wohlklingende Bezeichnungen gebraucht. In Österreich dagegen wurden sehr fortschrittliche Sozialgesetze verwirklicht, sagte der Minister unter Hinweis auf das Gleichbehandlungsrecht für Frauen und das Gesetz über die Pflegevorsorge. Auch in der Pensionsfrage müsse eine



Sozialminister Hesoun bei seiner Begrüßungsansprache.

Vorgangsweise umgesetzt werden, die den Menschen, die in ihr drittes Leben eintreten, eine sichere Existenz gewährleistet. Auch in der Frage der behinderten Menschen und der ausländischen Menschen müsse ein Weg gefunden werden, wo der Wert des Menschen beurteilt wird und nicht nur seine Verwertbarkeit. Der FPÖ müsse entschieden entgegengetreten werden, und man dürfe nicht zögern, die richtige Antwort auf Entwicklungen zu geben, die zurück in die Vergangenheit führen könnten.

Was wir brauchen, ist Arbeit für unsere Menschen, weil sich auch daraus die

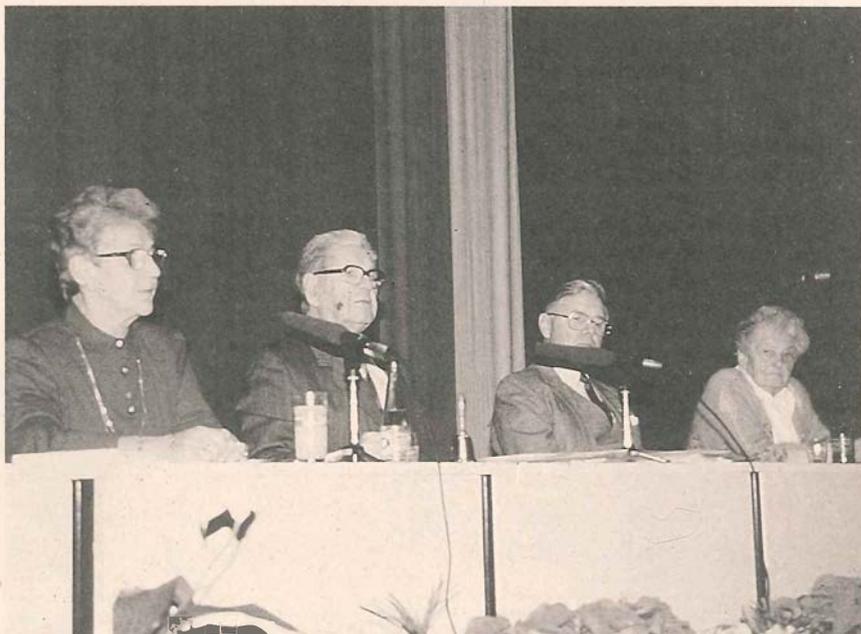
soziale Sicherheit ableitet, schloß Minister Hesoun unter starkem Beifall.

### „Minderheitenfeststellung“

Der Präsident des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes (DÖW), **Hubert Pfoch**, ging in seinen Begrüßungsworten von einer Debatte im Wiener Gemeinderat aus, in der von einem FPÖ-Sprecher Kritik an einer Subvention der Stadt Wien für das DÖW geübt wurde. Der FPÖ sei es seit vielen Jahren äußerst unangenehm, daß es eine DÖW-Dokumentation „Rechtsextremismus in Österreich“ gibt, sagte Pfoch. Es grenze ans Lächerliche, wenn die FPÖ jetzt versuche, das DÖW als „nützliche Idioten“ der Kommunisten hinzustellen. Angefacht seien die Angriffe der FPÖ auf das DÖW von den Funktionären der Österreichischen Widerstandsbewegung worden, die „vom blanken Neid“ getrieben werden. Zum FPÖ-Volksbegehren sagte Pfoch abschließend, man werde alles dazu beitragen, daß dieses Volksbegehren eine Minderheitenfeststellung wird.

### Entschuldigungen

Eine Reihe von ebenfalls zur Bundeshauptversammlung eingeladenen Genossinnen und Genossen hatte Entschuldigungsschreiben geschickt. Mit besonderem Bedauern nahmen die Delegierten zur Kenntnis, daß sich Genossin **Rosa Jochmann** nicht gesund genug fühlte, um an der Konferenz teilzunehmen. Weitere Entschuldigungen wurden den Delegierten von Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer, Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, Staatssekretär Dr. Peter Kostelka und den Wiener Stadträten Johann Hatzl und Rudolf Edlinger zur Kenntnis gebracht.



Das Präsidium der Bundeshauptversammlung v. l. n. r.: Erna Musik, Leo Mistingler, Walter Faderny, Hedi Stern.



## Aus den Berichten

Der aus seiner Funktion scheidende Vorsitzende **Leo Misting** leitete seinen Bericht mit einem Überblick über die politische Entwicklung in Osteuropa, vor allem in Rußland sowie im ehemaligen Jugoslawien und in der ČSFR ein. Genosse Misting schloß seinen Bericht



Genosse Leo Misting bei seinem Bericht.

mit einem persönlichen Wort: „Ich danke den Genossen und Genossinnen, die mir geholfen haben, den Bund zu führen, und ich wünsche für die Zukunft mehr Erfolg als in der Zeit, wo ich ihn geführt habe“, sagte Genosse Misting unter lebhaftem Beifall.

Den Opferfürsorge-Bericht erstattete **Dr. Kurt Wegscheider** vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er verwies auf die Opferfürsorgegesetznovelle 1988, auf Grund derer bisher 491 Amtsbescheinigungen zuerkannt wurden sowie weitere 302 Unterhaltsrenten. 17 Prozent aller Rentenansprüche der Opfer oder 10 Prozent der gesamten Rentenansprüche bestünden auf Grund dieser für von den Nazi verfolgte Roma und Sinti geschaffenen Novelle. Das Opferfürsorgegesetz wird in einem antifaschistischen Geist vollzogen, versicherte Dr. Wegscheider, Leiter der Opferfürsorgerechtsabteilung des Sozialministeriums, den Delegierten der Bundeshauptversammlung.

In seinem Kassabericht gab Genosse **Kurt Schmid** einen Überblick über die Tätigkeit der Parteikontrolle und einer Steuerberaterkanzlei, die sich von April 1992 bis einen Tag vor der Bundeshauptversammlung erstreckte. Ab 1993 werde es zu einer Budgeterstellung im Bund kommen, dessen Barvermögen in hochverzinslichen Spargbüchern, in Wertpapieren und in einem Verrech-

nungskonto angelegt sei. Die Unterlagen liegen zur Einsichtnahme im Büro der Freiheitskämpfer auf, sagte Genosse Schmid.

### Zusammenarbeit „mustergültig“

Die Kontrolle wurde laufend über die Prüfung der Bücher informiert und auch zu den wichtigsten Gesprächen beigezogen, sagte Kontrollobmann Genosse **Heinz Popelka** in seinem Bericht. Er würdigte die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Parteikontrolle und der Steuerberaterkanzlei als „mustergültig“.

Der Antrag der Kontrolle auf Entlastung des Vorstandes wurde ohne Diskussion gegen drei Stimmen angenommen.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete Genosse **Ing. Josef Wicha**.



Genosse Leo Lesjak legte den Bericht des Statutenkomitees vor.

## Bericht des Statutenkomitees

Der Berichterstatter des Statutenkomitees, Genosse **Leo Lesjak**, legte den Delegierten der Bundeshauptversammlung eine grundlegende Statutenänderung vor, deren Schwerpunkte bei der Namensänderung des Bundes und bei der Novellierung des Wahlmodus für den Bundesvorstand liegen. In sieben Sitzungen habe das Statutenkomitee Verbesserungen an zwölf Paragraphen beraten.

Weil die Mitgliedschaft zu den Freiheitskämpfern an die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) gebunden ist, sei der Name des Bundes seit der Umbenennung der SPÖ auf den früheren Parteinamen eigentlich automatisch „Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer“. Nach längerer Diskussion hätten alle diesem Namen zugestimmt.

Zum Schwerpunkt „Paragraph 10, Bundesvorstand“ sagte Gen. Lesjak, bisher seien die Vorstandsmitglieder ohne Funktionsangabe gewählt worden. Der Vorstand hatte die Aufgabe, erst in seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mit-

te den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu wählen und die weiteren Funktionen zu vergeben. Nunmehr sollen alle Präsidiumsmitglieder, Kassier, Schriftführer und deren Stellvertreter in ihren Funktionen direkt durch die Hauptversammlung gewählt werden.

Eine wichtige Ergänzung sei für den Paragraphen 2 „Zweck des Bundes“ vorgesehen. Als Punkt c) soll folgender Text in das Statut eingefügt werden: „Die Erfassung jener Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, die bereit sind, die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verteidigen und am Kampf gegen Faschismus, Reaktion, Rassismus, Fremdenhaß und Antisemitismus teilzunehmen.“ Die übrigen Änderungen im Statut sind teils textlicher Natur und zum Teil praxisbezogene Verbesserungen für die Organisation. So wurde zum Beispiel der erweiterte Bundesvorstand in das Statut aufgenommen und der Tätigkeits-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Unter den Ehrengästen die Genossen Konecny, Hesoun und Pfoch (neben ihm Dr. Kurt Wegscheider).



(Fortsetzung von Seite 3)

bereich des Präsidiums aufgliedert. Das Statutenkomitee empfahl weiters die ersatzlose Streichung eines als unnötig empfundenen Paragraphen über Kontaktkomitees. Es steht natürlich jedem Landesverband und jeder Bezirksgruppe nach wie vor frei, Kontakte mit sozialdemokratischen Jugendorganisationen aufzunehmen und Komitees zu bilden, sagte Gen. Lesjak.

Eine Statutenverbesserung ist wohl wichtig, aber noch wichtiger ist die Umsetzung in Taten und Erfolge, sagte Gen. Lesjak abschließend.

Die diesem Bericht folgende Diskussion kreiste vor allem um die Frage der Namensänderung des Bundes sowie um die Frage der Kontaktkomitees. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen **Konrad Wurm** (Tirol), **Peter Ulrich Lehner** (Wien), **Robert Koschin** (Tirol), **Gilbert Wasserberger** (Wien), **Hugo Pepper** (Wien), **Josef Meierhofer** (Steier), **Peter Lhotzky** (Wien), **Willi**



Einer der jüngsten Delegierten am Rednerpult: Gen. Robert Koschin (32) aus Tirol.

**Krula** (Wien), **Eduard Goldmann** (Salzburg), **Käthe Popelka** (Wien), **Hannes Schwantner** (Wien) und **Alfred Ströer** (Niederösterreich).

Unter dem Vorsitz von Genossin **Erna Musik** wurde die Namensänderung auf „Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ gegen zehn Stimmen angenommen, die übrigen Änderungen des Statuts wurden einstimmig beschlossen.

Das politische Referat der Bundes-

## Solidarität ist unsere Stärke

hauptversammlung hielt SPO-Klubobmann **Dr. Willi Fuhrmann** zum Thema „Im Europa von morgen ist kein Platz für Gespenster von gestern“. Er umriß zunächst die Entwicklung der Jahre von 1989 bis 1992 mit dem Bild, ein altes morsches Haus sei viel schneller abgerissen als ein neues aufgebaut. Europa sei heute dabei, sich für das nächste Jahrtausend eine neue Form zu geben und niemand wisse, wie diese wirklich aussehen wird.

Nicht nur im deutschsprachigen Raum werde der Drache des überspitzten chauvinistischen Nationalismus sichtbar, der Hand in Hand geht mit faschistoiden Tendenzen, mit Unduldsamkeit und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersaussehenden, sagte Fuhrmann weiter. Dieser Haß sei da in Frankreich, in Italien, in Holland, überall in Europa, und es erhebe sich die Frage, was man dagegen tun kann.

Man müsse versuchen, aus der Geschichte zu lernen. Volksverführer hätten immer dann eine Chance gehabt, wenn sie auf eine Gruppe von Menschen gestoßen sind, die entwurzelt waren und sich heimatlos gefühlt haben, weil sie nicht wissen, wo sie hingehören. Es komme darauf an, die jungen Menschen über die Entwicklungen aufzuklären, die zu Faschismus und Rechtsruck führen.

„Das ist einer der Hauptgründe, was ich Jörg Haider nie verzeihen werde, daß er den braunen Urschlamm wieder salonfähig gemacht hat“, betonte Fuhrmann. Irgendwo gebe es in der Politik einen Punkt, wo sich das Taktieren aufhört, und die Frage Haider sei einer für die Sozialdemokratie. „Seien wir froh, daß wir Franz Vranitzky haben, der in dieser Frage unmißverständlich und geradezu radikal und unerbittlich diese Meinung vertritt und ihr habt auch einen Klubobmann, der diese Linie hundertprozentig teilt“, sagte Fuhrmann.



Klubobmann Dr. Willi Fuhrmann bei seinem Referat.

Am gefährdetsten sind die jungen Menschen. Man müsse alles tun, um dieser Gruppe eine Zukunftsperspektive zu geben hinsichtlich Ausbildung, Beruf und Eingliederung in den Arbeitsprozeß. Es gibt fast nichts Wichtigeres, als Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. In der Jugendausbildung müsse Facharbeitern in der Gesellschaft die gleiche Akzeptanz gegeben werden wie anderen. Es müsse zu einem Zusammenführen derer kommen, die mit den Händen arbeiten, mit denen, die mit dem Kopf arbeiten. Das sei eine Aufgabe der Sozialdemokratie. „Die Stärke der Sozialdemokratie war, ist und wird sein das Zusammenstehen, der Schulterschuß, die Solidarität ganz im Sinne von Victor Adler“, sagte Genosse Fuhrmann unter lebhafter Zustimmung.

## Neuwahl des Bundesvorstandes

Den Vorschlag des Wahlkomitees für die Neuwahl des Bundesvorstandes legte Genossin **Maria Kaiser** der Bundeshauptversammlung vor.

Mit Applaus wurde Genossin **Rosa Jochmann** zur Ehrenvorsitzenden des Bundes gewählt.

Einstimmig gewählt wurden nach den neuen Statutenbestimmungen Genosse **Prof. Hugo Pepper** zum neuen Vorsitzenden des Bundes, die Genossen **Erna Musik**, **Walter Faderny**, **Franz Rosenberg** und **Alfred Ströer** zu stellvertretenden Vorsitzenden.

Dem Präsidium des Bundes sollen im Jahr 1993 die Genossin **Hedi Stern** und im Jahr 1994 der Genosse **Franz Zech-**



Genossin Maria Kaiser war die Berichtserstatterin des Wahlkomitees.

ner angehören, womit dem Umstand entsprochen wird, daß die Steiermark zwei Landesorganisationen hat.

Zum Kassier gewählt wurde Genosse **Ewald Deutsch**, zum stellvertretenden Kassier Genosse **Leo Hölzel**. Zur Schriftführerin wurde Genossin **Gerti Much** gewählt, zur stellvertretenden Schriftführerin Genossin **Hilde Maurits**. Zu Mitgliedern der Kontrolle wurden gewählt die Genossen **Eduard Goldmann**, **Leo Mistinger** und **Konrad Wurm**.

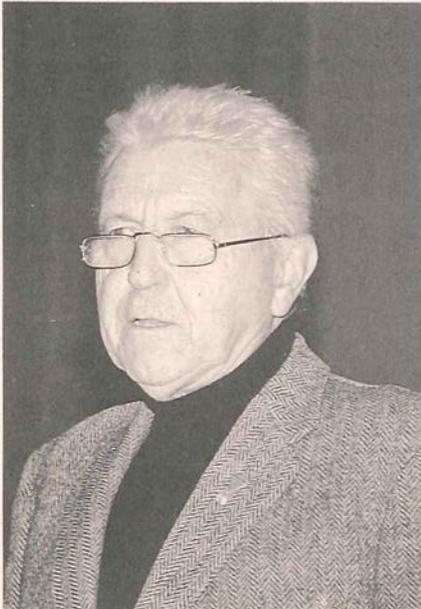
Zu Beisitzern wurden die folgenden Genossinnen und Genossen gewählt: **Stefan Billes**, **Alexander Blum**, **Dr. Franz Danimann**, **Herbert Exenberger**, **Maria Hirschler**, **Fritz Inkret**, **Maria Kaiser**, **Leo Lesjak**, **Peter Lhotzky**, **Bruno Liszka**, **Ing. Ernst Nedwed**,



Hans Pawlik, Hannes Proschko, Alice Rusz, Kurt Schmidt, Dr. Edgar Schranz, Hannes Schwantner, Otto Skritek, Gilbert Wasserberger, Franz Zechner.

Dem Bundesvorstand nicht mehr angehören die Genossen Eduard Kittl, Steffi Fahn, Heinz Popelka und Rudolf Ballek.

## Unser neuer Vorsitzender



Genosse Hugo Pepper, Jahrgang 1920, studierte vor und nach dem Krieg Germanistik, Anglistik, Geschichte und Staatswissenschaft. Als Mittelschüler wurde er 1938 wegen Geheimbündelei und Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, bei Kriegsbeginn jedoch begnadigt. Zunächst wehrunwürdig, leistete er dann Kriegsdienst und stieß zur militärischen Widerstandsbewegung. Von 1946 bis 1951 wirkte Genosse Pepper am Kabarett des Verbandes Sozialistischer Studenten „Der rote Hund“ mit. 1951 trat er in das gewerkschaftliche Bildungswesen ein und war von 1962 bis 1981 als Cheflektor des Europaverlags tätig. Nebenbei wirkte er als Volksbildner und politischer Publizist. Besonders verdient machte sich Genosse Pepper als Redakteur der Otto-Bauer-Werkausgabe. Seine Arbeit wurde mit der Verleihung des Professoren-Titels gewürdigt. Genosse Pepper ist auch Träger des Staatspreises für Geschichte der Arbeiterbewegung.

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Franz Danimann, Walter Faderny, Prof. Anne Kohn-Feuermann, Leo Lesjak, Hans Waschek, Gilbert Wasserberger.

## Im Europa von morgen haben Gespenster der Vergangenheit keinen Platz

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat es immer als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, vor den Gefahren der Ausländerfeindlichkeit, des Antisemitismus und des Neofaschismus zu warnen. Dazu verpflichtet uns das Gedenken an die Opfer des Faschismus ebenso wie unsere sozialdemokratische Gesinnung und die sich daraus ergebende Verantwortung für die Zukunft.

Die Verhaftung von Neonazis und die Aufdeckung der versteckten Waffen- und Propagandamaterialsammlung einer „Wehrsporttruppe“ haben am Beginn des Jahres 1992 ein Schlaglicht darauf geworfen, wie aktuell der antifaschistische Kampf auch in unserer Zeit ist. Mit der Änderung des NS-Verbotsgesetzes wurde erfreulich rasch auf die Neonazi-provokationen reagiert und auch ein Vorgehen gegen die „Auschwitz-Lüge“ ermöglicht.

Am Beginn dieses Jahres wurden aber auch bereits Brandanschläge auf Asylwerberunterkünfte und neonazistische Schmierereien in Österreich verübt. Das deutsche Hoyerswerda war für diese brutale Form der Ausländerfeindlichkeit ein Vorbild. Im Sommer kam es dann in Rostock zum Beginn einer Welle von Übergriffen rechtsextremer Gruppen auf Asylwerberunterkünfte in Deutschland. Nicht vergessen werden darf der jüngste Brandanschlag im norddeutschen Mölln auf ein von Türken bewohntes Heim, bei dem ein Kind und zwei Frauen ermordet wurden.

Der Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus wurde erneut deutlich bei dem Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen. Dieser Zusammenhang war auch bei der neonazistischen Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt sichtbar. Die Grabsteine waren nicht nur mit Hakenkreuzen und SS-Symbolen beschmiert worden, sondern auch mit „Heil-Haider“-Parolen. Der Führer der FPÖ hatte eben erst mit einem Ausländer-Volksbegehren gedroht und versucht, die Regierung damit unter Druck zu setzen. Mit dem nunmehr eingeleiteten Volksbegehren will die FPÖ eine Stimmung in Teilen der Bevölkerung anheizen, die auf einer unbestimmten Angst vor Ausländern beruht. Ein Volksbegehren in dieser Frage durchzuführen ist aber ein gefährlicher Akt politischer Propaganda auf Kosten unserer ausländischen Mitbürger. Die Ausländerpolitik unseres Landes gehört sachlich diskutiert und darf nicht zum Gegenstand von Propagandaschlachten gemacht werden.

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

erhebt in Wahrnehmung seiner Verantwortung folgende Forderungen:

- Gesetze, wie die Verbotsgesetznovelle gegen die „Auschwitz-Lüge“, sind notwendig und wichtig im Kampf gegen Antisemitismus und Neonazismus, aber mit Gesetzen allein läßt sich die Seuche der Ausländerfeindlichkeit nicht bekämpfen.

- Vor allem die Jugend muß vor dem Ungeist des Rechtsextremismus bewahrt werden. Hieraus ergeben sich Aufgaben für die Familien, die Schulen, die Universitäten, das Bundesheer und die Medien. Es gilt, neue Strategien der Aufklärung und des demokratischen Engagements der Jugend zu entwickeln.

- Eine Mitverantwortung für die Zukunft unserer Jugend trägt die österreichische Sozialdemokratie. Die Diskussion über die Partei- und Programmreform sollte genützt werden, um die jungen Menschen in die politische Willensbildung und in die Gestaltung der Zukunft einzubeziehen. Eine sozialdemokratische Orientierung ist die beste Gewähr dafür, daß der Rechtsextremismus in Österreich keine Chance hat.

- Österreich bereitet sich auf Europa vor. Die SPÖ muß mit aller Kraft dafür arbeiten, daß das Europa von morgen ein soziales und demokratisches Europa ist, in dem die Gespenster der Vergangenheit keinen Platz haben.

(Einstimmig beschlossene Resolution der Bundeshauptversammlung 1992.)

## Gedenken an

**Robert Danneberg**  
(23. Juli 1885, Wien –  
Dezember 1942,  
Auschwitz)

**Edmund Reismann**  
(14. August 1881, Wien –  
Dezember 1942,  
Auschwitz)

**Heinrich Steinitz**  
(30. August 1879, Bielitz –  
Dezember 1942,  
Auschwitz)

**NIEMALS VERGESSEN!**

## Schuldsprüche im Welser „Wiederbetätigungs-Prozeß“

Die fünf jungen Angeklagten im Welser „Wiederbetätigungs-Prozeß“, die am 16. Jänner 1992 einen Brandanschlag auf ein von 200 Asylanten bewohntes Gasthaus in Traunkirchen bei Gmunden verübt hatten (siehe „Kämpfer 1/2, 1992), wurden am 19. November 1992 vom Gericht schuldig gesprochen. Der 24jährige **Alexander Forsterpointner** wurde zu drei Jahren Freiheitsstrafe unbedingt verurteilt, der 19jährige **Alexander Tischler** und der 20jährige **Wolfgang Artner** zu jeweils 18 Monaten, davon sechs unbedingt. Alle drei Gmündner wurden wegen Sachbeschädigung als Mittel der Betätigung im nationalsozialistischen Sinn sowie wegen Mitgliedschaft bei der VAPO („Volkstreue Außenparlamentarische Opposition“) verurteilt. Der 18jährige **Christian H.** aus Gmunden sowie der 19jährige **Gernot Smolle** aus Ohlsdorf wurde wegen Sachbeschä-

digung schuldig erkannt und zu zwei Monaten bedingt auf drei Jahre verurteilt.

Im Jänner 1991 hatten die fünf Jugendlichen in Salzburg **Jürgen Liphay** kennengelernt, am 20. April 1991 – an Hitlers Geburtstag – gründeten sie gemeinsam mit **Gottfried Küssel**, **Hans-Jörg Schimaneck jun.**, **Reinold Kovar** und **Günther Reinthaler** die VAPO-Kameradschaft. Kurz darauf gab es die erste Plakataktion im Raum Gmunden, Anfang August 1991 sprühten die „Kameraden“ an eine Wand: „Jude verrecke, Nazis an die Macht, Ausländer raus!“

Forsterpointner, Artner, Tischler und Smolle wurden während des Prozesses von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG) betreut, die sich darum bemüht, aus der Haft entlassene „Gesinnungsgenossen wieder in die neonationalistische Szene einzugliedern“.

### Hitler war kein Zufall

Diesen Titel gab der unvergessene Josef Hindels seinem bekannten Buch, das ziemlich genau 30 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland erschien. Inzwischen sind es sechzig Jahre, daß der „Führer“ zum deutschen Reichskanzler bestellt wurde und die Weimarer Republik, an der Spitze seiner verbrecherischen NS-Clique, vernichtete und eine gnadenlose und unmenschliche Diktatur einrichtete. Mit all den schrecklichen Folgen, die zum Teil noch bis heute wirken. Manche Kreise rechneten mit einem kurzen Zwischenspiel. Die warnenden Stimmen wurden nicht ernst genommen. Bis es zu spät war.

Und heute: Josef Hindels war es auch, der immer wieder darauf hinwies, daß eine der Lehren dieser schlimmsten Geschichtsperiode darin besteht, daß man eine Wiederholung verhindern, daß man den Anfängen wehren müsse. Dies ist gerade jetzt aktuell, in einer Zeit, in der von gewissen Gruppen das unmenschliche NS-System verharmlost („Ordentliche Beschäftigungspolitik“) wird, die millionenfachen Massenverbrechen geleugnet werden. Und in der man wieder eine Hetze gegen „unerwünschte Menschengruppen“ betreibt.

Dieser Thematik ist auch ein **Vortrags- und Diskussionsabend** der Volkshochschule **Urania**, 1010 Wien, Uraniastraße 1, gewidmet: **Mittwoch, 27. Jänner 1993, 19.00 Uhr.**

Einführung und Diskussionsleitung: **Dr. Franz Danimann.**

Es wird eine interessante Aussprache zwischen Zeitzeugen und der Gegenwartsgeneration erwartet.

### Leserbrief

Die Mitte Oktober in „Club 2“ stattgefundenen Gespräche über Dollfuß waren für Zeitzeugen und Widerstandskämpfer eine herbe Enttäuschung. Man hört viel über die Bewältigung der Vergangenheit, und bei dieser Fernsehsendung wäre eine Möglichkeit dazu gegeben gewesen. Die drei Konservativen der Runde haben durch ihr Herunterrutschen von Schlagworten eine ernste

Diskussion unmöglich gemacht. Auch verwickelten sie sich in Widersprüche. In der Geschichte kann man sich nicht Einzelheiten herauspicken, sondern man soll sich daran halten, was Ranke rät: die Geschichte so erzählen, wie sie gewesen ist. Bei der TV-Konfrontation wurden zwar Namen genannt, aber die Rolle verschwiegen, die sie bei den Februarereignissen 1934 spielten. Zum Beispiel war das bei dem italienischen Unterstaatssekretär der Fall, der im Jänner 1934 nach Österreich kam, um Dollfuß zu veranlassen, endlich die Sozialdemokratische Partei zu verbieten. Abrupt wurden die Verhandlungen vor dem 12. Februar 1934 abgebrochen: „Es wird nicht mehr verhandelt.“ Was war das für ein Patriot, der sich von einem ausländischen Staatsmann befehlen läßt, was in Österreich geschehen soll? Überhaupt übten sich die Konservativen im Ver-

**„Wo es unangenehm wurde, husch, husch, darüber.“**

schweigen. Wo es unangenehm wurde, husch, husch, darüber. Kein Wort über das KZ Wöllersdorf, nichts darüber, wie die Schergen des Dollfuß mit Münichreiter umgingen. Er wurde totverwundet auf einer Bahre zum Galgen geschleppt. Peinlich war die immerkehrende Gleichsetzung zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus. Ein Schmunzeln ging durch die Reihen, als Abg. Dr. Khol (ÖVP) sagte, er wisse nicht, wie das Bild von Dollfuß in die Parlamentsräume der ÖVP gelangt ist. Ihm ging es wie der unbefleckten Jungfrau, die plötzlich ein Kind bekommt. Der interessierte Zeitzeuge und Widerstandskämpfer weiß, daß in Europa in vielen Ländern (Spanien, Belgien, England usw.) faschistische Systeme entstanden sind, die sich vom italienischen Faschismus und vom Nazifaschismus unterscheiden, doch nannten sie sich faschistisch. Nach unseren naiven Konservativen durfte sich der Austrofaschismus nicht so nennen. Diese Faschismen unterscheiden sich untereinander, und manche waren nicht so „arg“ wie der Nazi- und der italienische Faschismus. Man verschwieg, daß auch der Austrofaschismus unsägliches Leid brachte: Selbstmorde und neun standgerichtlich Gehängte. Erst auf Intervention des Auslandes mußte Dollfuß damit aufhören. Viele aufrechte Demokraten gingen in Emigration oder wurden in das KZ Wöllersdorf verschleppt. Man hat manchmal das Gefühl, daß jene den Austrofaschismus verteidigten, die mitgetan haben oder mit ihm sympathisierten. Sicher hat Hitler Österreich und die Welt bedroht. Eine geschlossene Front der Demokraten hätte ihm Paroli bieten

(Fortsetzung auf Seite 7)

#### Gesellschaft für POLITISCHE AUFKLÄRUNG

### 10. Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

3.–9. April 1993

3. April: Vorbereitungsseminar
4. April: Vorbereitungsseminar
5. April: Abreise nach Auschwitz/Oswiecim
6. April: Besichtigung von Auschwitz I  
Besichtigung von Birkenau
7. April: Einführung in das Archiv  
Besuch der Kunstausstellung
8. April: Stadtbesichtigung Krakau  
(Besuch des jüdischen Viertels)
9. April: Rückkehr

Die Fahrt wird öS 4000,- kosten.

Weitere Informationen und Anmeldung bis 20. Jänner 1993 bei:

Dr. Reinhold Gärtner, Gesellschaft für politische Aufklärung, Innrain 52, 6020 Innsbruck, Tel. 0 51 2 / 507-30 99, FAX 0 51 2 / 507-30 81.



(Fortsetzung von Seite 6)

können. Was aber tat Dollfuß? Er löste die Sozialdemokratische Bewegung auf. Sein Nachfolger kollaborierte 1936 mit den Nazi, zu einer Zeit, als der Demokrat Bruno Kreisky vor Gericht stand. Von dieser Gesinnung bis zur „Pflichterfüllung“ war der Weg nicht weit. Wie sagte der deutsche Bundespräsident über Willy Brandt: Er war Patriot, weil er für Demokratie kämpfte.

Prof. Willi Krula, Wien

### Kurz gemeldet

## Gedenkdienst im Anne-Frank-Haus

Der 19jährige Oberösterreicher **Stefan Schirl** hat am 1. Oktober 1992 im Anne-Frank-Haus in Amsterdam seinen einjährigen Gedenkdienst anstelle des sonst acht- oder zehnmonatigen Zivildienstes angetreten. Finanziert wird diese Arbeit vom Österreichischen Verein Gedenkdienst, der sich der Aufarbeitung nationalsozialistischer Greuelthaten widmet. Weitere Gedenkdienstler sind zur Zeit in Auschwitz und Theresienstadt im Einsatz. Ab Februar 1993 wird ein weiterer Gedenkdienstler seine Arbeit in Israel in Yad Vashem aufnehmen. Die Initiative für diesen Gedenkdienst ging von dem Innsbrucker Politikwissenschaftler **Andreas Maislinger** aus, der bei deren Verwirklichung durch Innenminister Löschnak unterstützt wurde.

## Wiedereröffnung des Arbeiterheims Favoriten

Das traditionsreiche Arbeiterheim Favoriten wurde nach seiner Renovierung am 16. November 1992 wieder eröffnet. Das im Jahr 1902 fertiggestellte Haus beherbergt das Bezirkssekretariat der SPÖ Favoriten, ein Hotel und einige Ge-



schaftslokale im Parterre. Der große Sitzungssaal mit einem an Victor Adler erinnernden Wandbild bleibt Konferenzsaal der Favoritner SPÖ. Bei der Eröffnung, an der auch **Rosa Jochmann** und **Hertha Firnberg** teilnahmen, sagte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler **Dr. Franz Vranitzky**, der 74. Geburtstag

## Die Schandtat von Eisenstadt



In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November 1992 wurde der neue jüdische Friedhof von Eisenstadt geschändet. Ein Großteil der rund 80 Grabsteine wurde mit weißer und schwarzer Farbe mit Hakenkreuzen, SS-Zeichen und dem Davidstern besprüht. Auf einigen Grabsteinen fanden sich auch Aufschriften, wie „Sieg Heil“ und „Sieg Haider“, „Ausländer raus“, „Gas“, „KZ“ und „Saujud“ (Foto: Wölflle, Eisenstadt). Auf einem maschingeschriebenen Flugblatt, das auf dem Friedhof gefunden wurde, ließ eine „Rassischsozialistische Arische Widerstandsbewegung“ wissen: „Auf diese Weise möchten wir unserem Vorbild Jörg Haider einen Arischen Gruß zukommen lassen. Heil Haider!“

Die Schandtat von Eisenstadt hat in allen politischen Lagern Bestürzung und Abscheu hervorgerufen. Bundeskanzler **Vranitzky** betonte in einem Telegramm an den Präsidenten der Kultusgemeinde, Paul Grosz, daß die Regierung weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun werde,

um ein Aufkeimen des Antisemitismus zu verhindern.

Zum Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht“ wurde vor dem jüdischen Friedhof in Eisenstadt eine Mahnwache abgehalten. **Rosa Jochmann** hatte vor den geschändeten Gräbern geweint. Die mit Naziparolen beschmierten Grabsteine riefen in ihr wieder die Bilder ihrer jüdischen Leidensgenossinnen im Konzentrationslager wach, den letzten Abschied von Freundinnen, bevor sie ins Gas gegangen sind.

Vertreter aller vier Rathausfraktionen statteten, einer Einladung von Stadtschulratspräsident **Dr. Kurt Scholz** folgend, den jüdischen Schulen Wiens einen „Solidaritätsbesuch“ zum Gedenken an die „Reichskristallnacht“ des Jahres 1938 ab.

Der Präsident des burgenländischen Landtages, **Dr. Wolfgang Dax**, verurteilte in einer Landtagssitzung am 12. November die Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt.

der Republik sei „um Meilen mehr von Bedeutung“ als der 80. Geburtstag von Otto Habsburg. „Wir leben in einem von der Sozialdemokratie geformten Staat und sind nicht bereit, diesen von der Sozialdemokratie geformten Staat einer Gefahr auszusetzen“, betonte Vranitzky.

## Denkmal für die Kremser Juden

Ein Gedenkstein in Form eines „offenen Heimatbuches“ soll auf dem jüdischen Friedhof in Krems das Schicksal der Kremser Juden in der Nazizeit dokumentieren. Die Kosten für dieses Denkmal, zu dem die Initiative auf den Präsidenten des Kreisgerichtes Krems,

**Hofrat Gerwald Lentner**, sowie den Historiker **Robert Streibel** zurückgeht, übernehmen die Stadt Krems und die Kulturabteilung des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung.

## Doktorwürde für Katalin Soos

Von der Akademie der Wissenschaften Ungarns wurde Frau Katalin Soos, für ihr historisches Werk über Koloman Wallisch, erschienen 1990 im Europa-Verlag Wien, der Dokortitel verliehen. Frau Katalin Soos ist Geschichtspräsidentin an der Universität in Szeged (Ungarn). Die Verleihung der Doktorwürde

(Fortsetzung auf Seite 8)



DVR:0029106(391) 0908560 919  
HERRN

ERNST FRUEHAUF  
DARINGERG.12-20/23/26  
1190

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

ist eine Anerkennung der Akademie der Wissenschaften für die historisch wertvolle Arbeit, die dem Buch zugrunde liegt.



Gen. Hans Schöggel (im Bild rechts) gratuliert Frau Katalin Soos im Festsaal der Akademie der Wissenschaften in Budapest zur Verleihung der Doktorwürde.

In einer Ansprache von Gen. Hans Schöggel vor dem Präsidium der Akademie der Wissenschaften, in der er die zeitgeschichtliche Bedeutung des Werkes hervorhob, gratulierte er Frau Katalin Soos zur Verleihung der Doktorwürde auch im Namen der Landesorganisation Obersteiermark unseres Bundes.

Das Buch „Koloman Wallisch, eine politische Biographie“ wurde anlässlich der Bundeshauptversammlung 1990 den Delegierten überreicht.

## Wiener Neustadt

**Max Gindl †.** Anfang November starb der langjährige Bezirkskassier der Bezirksgruppe Wiener Neustadt, Max Gindl, 90. Er stammte aus einer kinderreichen sozialdemokratischen Familie und wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf. Schon in frühester Jugend schloß er sich der SAJ und der Sozialdemokratischen Partei an. Nach längerer Arbeitslosigkeit trat er in den Dienst der Stadtgemeinde Wiener Neustadt. In der Zeit des Grünen Faschismus unter-

stützte er mehrere Familien verhafteter Schutzbündler. Im Zweiten Weltkrieg kam er an die Ostfront und schließlich in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Jahre 1946 trat er wieder in den Sozialdienst der Gemeinde Wiener Neustadt ein. Der Bau des Stadtheimes (Altersheim) ist auf seine Initiative zurückzuführen. Sein Wirken wurde durch Verleihung hoher Auszeichnungen belohnt.

Bei der Beisetzung am Wr. Neustädter Friedhof sprachen Abgeordneter z. NR **Dr. Hans Stippel**, Landesobmann der Sozialistischen Freiheitskämpfer **Leo Lesjak** und der Obmann der SPÖ-Gemeindefraktion **Franz Glatzl**.

## Sankt Pölten

**Karl Hellerschmied †.** Ein eifriger Mitarbeiter vieler sozialdemokratischer Organisationen und Funktionär der sozialistischen Freiheitskämpfer, Karl Hellerschmied, ist nicht mehr. Er starb Mitte Oktober im 78. Lebensjahr.

Als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und Gebiets-Wehrsportführer wurde er im Februar 1934 verhaftet und ins Kreisgericht Krems gebracht. Nach seiner Freilassung war er als Revolutionärer Sozialist illegal tätig.

1938 kam er zur Österreichischen Bundesbahn. 1944 wurde er zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Nach seiner Heimkehr im Jahre 1946 nahm er seine Tätigkeit in vielen Organisationen wieder auf. Er wurde von der SPÖ mit der Verleihung der Victor-Adler-Plakette und von den Sozialistischen Freiheitskämpfern mit der Goldenen Ehrennadel geehrt.

An seinem Begräbnis nahmen viele seiner Schicksalsgefährten teil. Am offenen Grabe hielt **Stadtrat Schöckl** einen tiefempfundenen Nachruf.

## Oberösterreich

**Herbstausflug 1992.** Der Landesvorstand Oberösterreichs des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer hat auch heuer wieder – wie im Vorjahr – alle

oberösterreichischen Mitglieder, die Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises sind, sowie die Witwen von Opfern, zu einem Bus-Ausflug zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und einem gemütlichen Beisammensein eingeladen und diese Fahrt am 8. Oktober 1992 durchgeführt. Es haben insgesamt 46 Mitglieder teilgenommen. In Melk besichtigten wir unter der Führung der Frau Blak die erst im Mai dieses Jahres eröffnete Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Melk und legten zum Gedenken an die tausenden dort umgekommenen NS-Opfer einen Kranz nieder.

**Goldene Hochzeiten.** Unser Vorsitzender-Stellvertreter Genosse **Proschko** feierte mit seiner Gattin **Maria**, die im Landesvorstand als Schriftführerin tätig ist, das Fest der Goldenen Hochzeit.

Genosse Proschko, der im unermüdbaren Einsatz seit vielen Jahren die gesamte Arbeit im Sekretariat des Landesvorstandes Oberösterreich des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer leitet und auch die Betreuung der Opfer zu seiner vornehmsten Aufgabe gemacht hat, ist darüber hinaus stellvertretender Vorsitzender und Fraktionsobmann der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Sektion Pensionisten in Oberösterreich, und gehört als solcher auch der Bundessektionsleitung an. Außerdem ist er noch Vorsitzender-Stellvertreter der Ortsgruppe Linz-Urfahr-Ost des oberösterreichischen Pensionistenverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände in Oberösterreich.

Bei diesen Tätigkeiten wird er tatkräftig von seiner lieben Gattin unterstützt, ohne deren Hilfe und Verständnis er diesen großen Arbeitsbereich nicht bewältigen könnte.

Wir wünschen dem Jubelpaar weiterhin viel Schaffenskraft, vor allem Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele Jahre persönliches Glück.

Unser langjähriges Mitglied **Josef Wigstein** feierte kürzlich mit seiner Gattin **Angela** das Fest der Goldenen Hochzeit. Trotz seiner bereits 79 Jahre ist Josef Wigstein immer noch sehr aktiv in der SPÖ und beim Pensionistenverband und beteiligt sich auch regelmäßig an den Veranstaltungen unseres Bundes in Oberösterreich. Wir wünschen dem Jubiläumspaar für die Zukunft noch viele frohe Jahre, persönliches Glück und eine gute Gesundheit.

## An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 31. Dezember 1992.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.